



## **Integrationsausschuss**

### **47. Sitzung (öffentlich)**

8. Januar 2026

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:01 Uhr bis 11:13 Uhr

Vorsitz: Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE)

Protokoll: Carolin Rosendahl

### **Verhandlungspunkt:**

**Schutz von Êzîdinnen und Êzîden aus humanitären Gründen in Nordrhein-Westfalen: Aufnahmeanordnung nach § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz** 3

Antrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/15906 (Neudruck)

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

\* \* \*



**Schutz von Êzîdinnen und Êzîden aus humanitären Gründen in Nordrhein-Westfalen: Aufnahmeanordnung nach § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz**

Antrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/15906 (Neudruck)

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Einen wunderschönen guten Morgen in die analoge und digitale Runde! Ich begrüße Sie alle recht herzlich zur heutigen Anhörung unseres Integrationsausschusses und zur ersten Sitzung im neuen Jahr 2026. Deswegen erlaube ich mir, Ihnen allen, auch wenn wir heute schon den 8. Januar haben, noch ein gutes und vor allen Dingen gesundes Jahr 2026 zu wünschen.

Besonders begrüßen möchte ich natürlich alle Sachverständigen. Herzlichen Dank, dass Sie sich heute Morgen die Zeit nehmen, mit uns zu sprechen, zu diskutieren. Ich begrüße die Medienvertreter, Medienvertreterinnen, Zuhörer und Zuhörerinnen hier im Raum und im Livestream.

Der Sachverständige Herr Professor Kizilhan wird sich später per Video zu schalten. Er kann erst ab 10:45 Uhr. Bewahren Sie sich also noch ein oder zwei Fragen für ihn auf.

Ich bedanke mich im Namen des Ausschusses bei allen Sachverständigen für die abgegebenen Stellungnahmen und die analoge bzw. digitale Anwesenheit.

Unser Verfahren in Anhörungen ist das Folgende: Aus zeitlichen Gründen ist nicht vorgesehen, dass die anwesenden Sachverständigen ihre schriftlichen Stellungnahmen in einem Eingangsstatement mündlich zusammenfassen. Ich gehe vielmehr davon aus, dass alle Abgeordneten die Stellungnahmen gelesen, sich damit auseinandergesetzt und sie ausgewertet haben und nunmehr Fragen an die Sachverständigen richten, um einzelne Sachverhalte zu vertiefen bzw. zu hinterfragen. Pro Fragerunde kann jede Fraktion bis zu drei Fragen an ein bis zwei Sachverständige richten. Die Sachverständigen haben anschließend 3 Minuten Zeit, um die Frage zu beantworten. Wenn mehrere Fraktionen Fragen an einen Sachverständigen gerichtet haben, erhält der- oder diejenige entsprechend mehr Zeit. Es werden bis zu drei Fragerunden durchgeführt.

Ich eröffne die erste Fragerunde und gebe zunächst der CDU-Fraktion die Möglichkeit, Fragen an die Sachverständigen zu stellen. Anschließend geht es in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen weiter.

**Peter Blumenrath (CDU):** Herzlichen Dank an die Sachverständigen für die schriftlichen Stellungnahmen, aber natürlich auch für die Tatsache, dass sie heute bei Wind

und Wetter angereist sind oder sich digital zugeschaltet haben. Herzlichen Dank dafür und einen guten Start ins neue Jahr!

Herr Draser, wie beurteilen Sie die aktuelle Sicherheitslage für Êzîdinnen und Êzîden im Irak und in Syrien, insbesondere im Hinblick auf staatliche Schutzgarantien? Welche politischen Akteure im Irak verhindern nach Ihrer Einschätzung eine sichere Rückkehr?

**Volkan Baran (SPD):** Liebe Sachverständige, herzlichen Dank für die Stellungnahmen. Sie waren für uns sehr interessant und sehr aufschlussreich.

Ich möchte natürlich auch für meine Fraktion die Gelegenheit nutzen, zu sagen, dass das Jahr 2026, das leider nicht friedlich angefangen hat, hoffentlich trotzdem einen friedlichen Verlauf für uns alle haben wird und dass wir hoffentlich ein glückliches Händchen bei unseren Entscheidungen haben werden.

Meine erste Frage richte ich an Frau Naujoks. – Auf Seite 3 Ihrer Stellungnahme schreiben Sie, das Land sollte ihm zur Verfügung stehende Entscheidungsspielräume nutzen. Können Sie vielleicht erläutern, welche Entscheidungsspielräume das sind und welche Maßnahmen die Landesregierung ohne Beteiligung des Bundes treffen könnte? Gibt es Unterscheidungen zwischen kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen? Gibt es Bundesländer, die diese Entscheidungsspielräume schon nutzen und, wenn ja, welche davon können wir kopieren?

Wenn sich ein anderer Sachverständiger berufen fühlt, auf diese Frage zu antworten, dann kann er das sehr gerne tun.

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Das waren jeweils drei Fragen an ein bis zwei Sachverständige. Mit der letzten Formulierung wurden dann noch alle angesprochen. Wir sind aber ja in einer kleinen Runde heute. Da ist das sicherlich möglich.

**Benjamin Rauer (GRÜNE):** Erst einmal ein frohes neues Jahr und vielen Dank, dass Sie heute hier sind! Wir sprechen über ein wichtiges Thema. Deswegen finde ich wichtig, dass wir uns trotz des Wetters in Präsenz treffen, auch wenn es für manche bei dem Schnee ein weiter Weg ist – etwa für mich, der aus Ostwestfalen kommt. Schlitten gibt es nicht mehr. Vielen Dank auch für die Einreichung Ihrer Stellungnahmen!

Ich habe eine ähnliche Frage wie der Kollege Blumenrath, richte sie aber an den Zentralrat der Êzîden. Ich würde gerne aus Sicht der Betroffenenvertretung hören, wie sich die Lage für Êzîd:innen im Nordirak derzeit darstellt. Welche Schutzmechanismen gibt es bzw. gibt es nicht? Was bräuchte es, um ein gesichertes Leben im Nordirak für Êzîdinnen sicherzustellen?

Außerdem habe ich eine Frage an Frau Wieder und Herrn Draser. Können Sie einschätzen, wie viele Hilfesuche etwa um Kirchenasyl in letzter Zeit an Sie, also an die kirchlichen Organisationen, gerichtet wurden? Eine Zusatzfrage: Hat es da nach dem Ende des Abschiebestopps in NRW bzw. schon bei Beschluss der Anerkennung des Genozids durch den Bundestag Veränderungen gegeben?

**Thomas Nückel (FDP):** Vielen Dank, dass Sie sich zur Verfügung stellen. Ich habe während meiner journalistischen Tätigkeit öfter mit der Vertretung zu tun gehabt und habe großen Respekt für ihre Arbeit.

Deswegen richte ich meine beiden ersten Fragen an Herrn Dr. Ortac. Der Kollege von der CDU hat es schon angesprochen: Wir lesen in den Zeitungen und sehen in den Fernsehsendungen, dass im Irak die fundamentalistischen Kräfte wieder an Bedeutung gewinnen. In einem Artikel der Frankfurter Rundschau wurde neulich geschrieben, dies betreffe nur einige Regionen. Meine Frage lautet: Ist das die Region, in der die Êzîden historisch ihren Siedlungsraum haben?

Die zweite Frage: Wenn Sie eine Wunschliste anlegen könnten – was sollte das Land neben den im Antrag beschriebenen Regelungen zusätzlich tun, um die Integration der von Ihnen vertretenen Menschen zu fördern und die Situation zu verbessern?

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Die Kollegin von der AfD-Fraktion ist nicht vor Ort. Deswegen sind wir schon am Ende der ersten Fragerunde und können zur Beantwortung der Fragen übergehen. Dabei gehen wir in der auf dem Tableau ersichtlichen Reihenfolge vor.

**Birgit Naujoks (Flüchtlingsrat NRW [per Video zugeschaltet]):** Guten Morgen und vielen Dank für die Fragen!

Herr Baran von der SPD hat mich gefragt, welche Entscheidungsspielräume das Land habe und welche Maßnahmen getroffen werden könnten. Im Moment werden viele Êzîdinnen abgeschoben. Dies entspricht nicht dem Wunsch des Landes. Deswegen müssen kurzfristig Maßnahmen ergriffen werden. Dies kann auf dem Erlassweg erfolgen, indem entweder ein neuer Abschiebungsstopp erlassen wird, und zwar dieses Mal für männliche Êzîden.

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Frau Naujoks, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Die Qualität der Videozuschaltung ist nicht besonders gut. Können Sie die Bildübertragung einmal ausschalten, damit der Ton vielleicht besser ankommt?

**Birgit Naujoks (Flüchtlingsrat NRW [per Video zugeschaltet]):** Ich habe die Bildübertragung nun ausgeschaltet. Vielleicht funktioniert es so besser.

Ich wurde also nach den Entscheidungsspielräumen bzw. auf Landesebene kurzfristig oder langfristig möglichen Maßnahmen gefragt. Im Moment werden Êzîden abgeschoben, und zwar auch aus NRW. Laut dem Antrag entspricht dies nicht dem Willen des Landes. Deswegen muss dafür gesorgt werden, dass Abschiebungen nicht mehr vorkommen. Das kann auf dem Erlassweg erfolgen. Das Land sollte die Ausländerbehörden anweisen, erst einmal alle Bleibereichtsmöglichkeiten zu prüfen und in dem Fall, dass keine Bleibereichtsmöglichkeit besteht, die entsprechenden Fälle rückzupriorisieren, bis das Einvernehmen des Bundes über den Antrag eingeholt wurde, so er denn beschlossen wird.

Wenn mit dem Bund – womit durchaus zu rechnen ist – mittelfristig kein Einvernehmen über ein Landesaufnahmeprogramm hergestellt werden kann, dann sollte ein neuer Abschiebungsstopp erlassen werden, und zwar dieses Mal für männliche Êzîden und mit der Weisung, dass keine Familientrennungen erfolgen sollen, sodass auch die Familienangehörigen geschützt werden, um den Menschen Zeit zu geben, Integrationsleistungen zu erbringen, die ihnen ein Bleiberecht ermöglichen.

Die jetzige Praxis ist allerdings, dass vermehrt in den Irak abgeschoben wird und Êzîden von diesen Abschiebungen betroffen sind. Dies führt auf Dauer dazu, dass eine mögliche Aufnahmeanordnung ihren Sinn verliert, wenn es kaum noch Menschen gibt, die sie betreffen könnte.

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Die Tonqualität ist trotz Ausschalten der Videoübertragung leider weiterhin überschaubar. Wir konnten Sie aber einigermaßen verstehen. Vielleicht wird das im Verlauf der Anhörung noch besser. Wir wissen momentan nicht, woran es liegt.

**Dr. Irfan Ortac (Zentralrat der Êzîden in Deutschland):** Ich wünsche Ihnen allen ein frohes neues Jahr!

Ich beginne mit der Frage nach der Lage im Irak. Dazu haben wir, soweit wir konnten, in unserer Stellungnahme eigentlich alles dargelegt. Die Lage dort ist für die betroffene Gruppe Êzîdinnen und Êzîden sehr prekär. Auch wenn es vermeintlich eine Verbesserung gab, nehmen wir als Zentralrat diese nicht als solche wahr. Immerhin leben über 100.000 Menschen in den Lagern. Sie sind Binnenflüchtlinge. Dies liegt insbesondere daran, dass ihre Dörfer noch vermint sind, die Infrastruktur noch zerstört ist und sich die irakische Regierung nicht verantwortlich fühlt. Darauf komme ich später, wenn ich auf die Frage nach unseren Wünschen eingehe, noch einmal zu sprechen.

Zu den Schutzmaßnahmen. Vor Kurzem habe ich mich einmal über die Ängste informiert. Jemand hat da den Begriff „Stand-by“ genutzt. Dieser hat mich sehr nachdenklich gestimmt. Nach einem Stand-by kann der Betrieb wieder voll aufgenommen werden, also Vollbetrieb in Richtung Massaker oder aber Vollbetrieb zum Guten hin.

Insbesondere Êzîdinnen und Êzîden machen sich im gesamten Irak Gedanken darüber, dass radikale Kräfte sagen und tun, was sie wollen, ohne dafür belangt zu werden. Sie tätigen Hassreden gegen Êzîden, hetzen in sozialen Medien und all solche Dinge. Viele IS-Terroristinnen und -Terroristen, die freigelassen und zurückgekehrt sind, leben wieder ganz normal in der Gesellschaft, ohne für etwas belangt zu werden.

Außerdem sind diejenigen, die angeklagt und zum Tode verurteilt sind, nicht wegen Völkermord angeklagt und zum Tode verurteilt, sondern weil sie irgendeinen Mord begangen haben. Ohne in die Tiefe zu gehen, werden sie im Schnellverfahren angeklagt. Durch Gerichtsbeschlüsse ist nicht klar geworden, wer hinter ihnen stand, warum sie das getan haben, wie sie es getan haben. All dies bleibt im Dunkeln.

Nun zur Frage nach der Wunschliste. Ich bin gestern von einem Journalisten gefragt worden, warum ich so verbittert sei. Ich bin eigentlich nicht verbittert, versuche einen klaren Kopf zu behalten. Das, was wir als Deutschland tun, tun wir nicht für irgendwelche

fremden Kräfte. Es handelt sich nicht um eine Gefälligkeit. Ich selbst bin deutscher Staatsbürger und Landesbeamter. Neben mir sind viele Tausend andere ebenfalls deutsche Staatsbürger, die hier pflichttreu ihre Steuern zahlen und ihren staatsbürgerrechtlichen Pflichten nachkommen. Man nimmt also deutsche Staatsbürger in Schutz und tut etwas für die deutschen Staatsbürgerinnen und -bürger.

Der IS war keine reine irakische, syrische Angelegenheit. Auch wenn es hart klingt: Es war auch eine deutsche Angelegenheit. – Bitte vergessen Sie nicht, dass 1.400 deutsche Staatsbürger als IS-Kämpfer an diesem Völkermord beteiligt waren. Viele von ihnen leben resozialisiert wieder unter uns. Auch da haben wir eine Verpflichtung gegenüber den Opfern, auch einmal an die Opfer zu denken.

Nun zur Wunschliste, wenn ich dafür noch kurz Zeit habe. Êzîdinnen und Êzîden sollten hier wahrgenommen werden. Jetzt geht es darum, ob Êzîdinnen und Êzîden in ihre Heimat abgeschoben werden. Wir finden, sie müssen hier in NRW unbedingt eine humanitäre Unterstützung erhalten, solange ihre Situation dort so prekär ist. Sie sollen bitte nicht abgeschoben werden, und vor allem sollen die Familien nicht auseinandergerissen werden.

**Karin Wieder (Evangelisches Büro NRW):** Ich beziehe mich auf die Frage von Herrn Rauer. Vor allen Dingen nach dem Ende des Abschiebestopps, der sich nur auf die Êzîdinnen bezog, erleben wir eine Zunahme der Anfragen nach Kirchenasyl. Wir konnten das Jahr 2025 noch nicht ganz auswerten. Insgesamt haben wir aber 38 Mal Kirchenasyl für Êzîden und Êzîdinnen gewährt. Es sind also immer mehr Menschen, weil ein Kirchenasyl oft auch Familien beinhaltet. Da ist die Angst deutlich zu spüren.

Diese Angst erleben wir natürlich auch in unseren Einrichtungen wie den psychosozialen Zentren, an die inzwischen ebenfalls viele Anfragen gerichtet werden, weil Menschen Traumata erlebt haben und in diesem Krankheitsbild begleitet und beraten werden müssen.

Die Abschiebungsbeobachtung ist ein Landesprogramm, wird im Moment aber durch die Diakonie durchgeführt. Im Rahmen der Abschiebungsbeobachtung wird beschrieben, dass die Anzahl der Abschiebungen deutlich steigt, und zwar auch von Abschiebungen alleinreisender Frauen und von Müttern mit Kindern. Dabei herrschen ohne Frage große Verzweiflung und große Angst, weil die Menschen nach Bagdad und nicht in Schutzgebiete, also in Gebiete, in denen sie vielleicht einen gewissen Schutz erfahren, abgeschoben werden. Dies stellt für sie geografisch ein großes Problem dar.

**Mark Draser (KATHOLISCHES BÜRO NRW):** Vielen Dank und allen ein frohes neues Jahr!

Ich gehe zuerst auf die Frage von Herrn Rauer ein und ergänze, was meine Kollegin Frau Wieder gesagt hat. Seitens der katholischen Kirche beobachten wir verstärkt Unterstützungsanfragen von Êzîdinnen und Êzîden. Auf katholischer Seite geht es da weniger um Kirchenasyl, sondern mehr um die Rückführung, die Abschiebung in den Irak sowie vor allen Dingen um die Familientrennung. Diese ist ein Riesenthema. Wir beobachten immer häufiger, dass aus Familien, die schon seit Jahren, also seit

2014/2015 in Deutschland sind, einzelne Familienmitglieder zurückgeführt werden sollen und der Hauptteil der Familie hier in Deutschland bleiben soll. Erst gestern hat uns unabhängig von dieser Anhörung eine Unterstützungsanfrage aus Bayern erreicht.

Nun gehe ich auf die Frage von Herrn Blumenrath ein. Wie schätzen wir die Sicherheitslage für Êzîdinnen und Êzîden im Irak ein? Wie Herr Dr. Ortac schon beschrieben hat, ist die Sicherheitslage mehr als prekär, auch aus Sicht der katholischen Kirche. Sie ist quasi nicht vorhanden. Im Nordirak gibt es eine große christliche Community. Die katholische Kirche ist dort auch in der Entwicklungszusammenarbeit sehr präsent. Wir müssen feststellen, dass es im Nordirak keinen Ort gibt, an den die Êzîdinnen und Êzîden zurückkehren können, und zwar weder einen sicheren Ort noch überhaupt einen Ort. Die Dörfer, die Gemeinschaften sind nämlich während des Kriegs gegen den IS weitgehend zerstört und nach dem Sindschar-Abkommen vom 9. Oktober 2020 überwiegend nicht wieder aufgebaut worden, weil die Ressourcen fehlen und vor allen Dingen, weil der irakischen Mehrheitsgesellschaft das Interesse daran fehlt. Die Êzîden sind eine ethisch-religiöse Minderheitsgruppe, die eigentlich isoliert ist. Es gibt weder in der Regionalregierung noch in der Zentralregierung in Bagdad eine Lobby für die Êzîdinnen und Êzîden, die wirklich durchsetzungsfähig wäre. Aus unserer Sicht gibt es also keine ausreichende Sicherheitslage, um Êzîden und Êzîdinnen in den Irak zurückzuführen.

In den syrischen Gebieten beobachten wir wieder ein Aufkommen des IS. Am 4. Januar haben seitens Frankreich und Großbritannien zwar in Palmyra Bombardierungen stattgefunden, wir gehen aber davon aus, dass sich die Sicherheitslage weiter destabilisiert, da nicht nur der IS, sondern die gesamten politischen Gruppierungen im Nordirak – sei es die Zentralregierung, seien es die Kurden, syrische Gruppierungen oder sei es das türkische Militär – in der Region militärisch aktiv sind, weil es ein strategisch wichtiger Punkt für die Kontrolle der Region ist.

**Peter Blumenrath (CDU):** In der zweiten Fragerunde gehe ich auf das ein, was Herr Draser eben beschrieben hat, und richte die Frage an den Zentralrat der Êzîden. Teilen Sie die Auffassung, dass es im gesamten Irak kaum Zonen gibt, in die man als Êzîde sicher zurückkehren kann, weil die Struktur nicht vorhanden ist und ein sicheres Ankommen im Land mehr oder weniger nicht sichergestellt werden kann?

**Volkan Baran (SPD):** Viele Fragen, die ich im Kopf hatte, sind durch die bisherigen Antworten geklärt worden.

Ich spreche dem Zentralrat der Êzîden meinen großen Respekt und meinen Dank für seine Arbeit aus. Wenn man die Berichte über die Region und darüber, was dort passiert ist, gelesen hat, dann bleibt es nicht aus, dass einem Tränen in die Augen kommen. Und wenn man direkt mit den Schicksalen konfrontiert ist, dann ist das noch einmal eine andere Nummer.

Wir haben gerade festgestellt – das war mir eigentlich auch klar –, dass es weder im Irak noch in Syrien sichere Gebiete gibt. Der syrische Machthaber ist für mich, nur weil er seine Robe ausgezogen und seinen Bart gekürzt hat, noch kein Staatsmann, sondern immer noch ein Terrorist. Das habe ich auch in meiner Rede im Plenum schon

gesagt. Es ist mir wichtig, das wieder zu betonen. Derzeit gibt es wieder eine kriegerische Auseinandersetzung in Syrien zwischen der Zentralregierung und kurdischen Gebieten.

Nun zu meiner Frage. Auch wenn die Êzîden keine Lobby in ihrem Herkunftsland haben ist es uns wichtig, hier fraktionsübergreifend eine Lobby für das êzîdische Leben zu sein. Die Êzîden sind eine der ältesten Kulturreligionen, vielleicht sogar eine der Ursprungsreligionen. Uns ist wichtig, dass diese Kultur und Religion am Leben bleibt. Wenn ich mich richtig erinnere, haben die Êzîden 74 Genozide hinter sich und es trotzdem geschafft, in einer kleinen Community zu überleben. Was bedeutet das für das Leben hier? Bei der Antwort auf meine Frage nach der Wunschliste haben Sie sich auf den Irak bezogen. Mich interessiert, wie das Leben hier funktioniert – auch mit der Angst, abgeschoben zu werden. In absehbarer Zeit sehe ich keine Möglichkeit, dass in den Ursprungsgebieten freies êzîdisches Leben stattfinden kann. Es war schließlich nicht der erste Versuch. Die Êzîden haben Anfeindungen ihrer Religionsausübung von allen Seiten erleben müssen. Was bedeutet das für das Leben hier in Nordrhein-Westfalen? Was können wir tun, um êzîdisches Leben langfristig und für die kommenden Generationen zu erhalten?

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Bevor wir mit den Fragen weitermachen, begrüße ich Herrn Professor Kizilhan in der Runde. Schön, dass Sie es ein wenig früher einrichten konnten.

Es können nun auch Fragen an Herrn Professor Kizilhan gerichtet werden. Falls die SPD oder die CDU in dieser Fragerunde noch eine Frage an Herrn Professor Kizilhan haben, kann diese gerne noch gestellt werden.

**Benjamin Rauer (GRÜNE):** Herr Professor Kizilhan, ich freue mich, dass Sie da sind und nutze direkt meine Chance, die erste Frage an Sie zu richten. Wir haben das Thema schon in der ersten Fragerunde behandelt. Mich interessiert Ihre Sicht. Wie ist die Situation für Êzîden im Nordirak aktuell? Wie schätzen Sie diese ein?

Weil Sie viel damit zu tun haben, interessiert mich auch die Lage der Menschen hier, die von Abschiebung bedroht sind, die also wissen, dass ihr Aufenthalt unsicher ist und sie möglicherweise in den Irak zurück müssen.

**Thomas Nüchel (FDP):** Herr Dr. Ortac hat mich ein wenig alarmiert. Man denkt gar nicht darüber nach, dass es auch IS-Kämpfer mit deutschem Pass gibt und diese jetzt wieder in der Bundesrepublik leben und resozialisiert sind. Gibt es eine akute, aktuelle Bedrohungslage Ihrer Gemeinschaft? Sie werden das nicht mit Klarnamen machen. Gibt es aber Bedrohungen aus diesem Kreis heraus, die Sie um Leib und Leben fürchten lassen?

Herr Draser hat den Fall in Bayern skizziert, der, glaube ich, Mitte Dezember in der Süddeutschen Zeitung dargestellt wurde. „Abschiebung trotz Ausbildung“ lautete die Schlagzeile, wenn ich mich recht erinnere. Es wurde beschrieben, angeblich werde nur in Bayern so verfahren, dass Familien keinen gemeinschaftlichen Schutz mehr

genossen, sondern auseinandergerissen würden, wenn ein Familienmitglied oder zwei Familienmitglieder bei ihrer Ankunft in der Bundesrepublik über 18 Jahre alt waren. Sie würden anders als der Rest der Familie behandelt. Ist das so, wie es die Süddeutsche Zeitung geschrieben hat, oder ist es auch in anderen Bundesländern so?

**Dr. Irfan Ortac (Zentralrat der Êzîden in Deutschland):** Ich beginne mit der Frage danach, ob in Deutschland aktuell eine Bedrohung existiert. Eine Bedrohung wie im Irak existiert für uns in Deutschland nicht. Wichtig ist jedoch, dass in den Schulen und an den Arbeitsplätzen massive antiêzîdische Rassismen zu spüren sind. Das haben wir mehrmals in den verschiedenen Bundesländern angeprangert. Wir stehen auch mit den verschiedenen Landesregierungen in Kontakt dazu, dass die êzîdischen Kinder in den Schulen wegen importierter Vorurteile beleidigt, bedroht und beschimpft werden. Das ist ganz aktuell.

Zur Frage nach der langfristigen Perspektive für êzîdisches Leben in NRW. Dies ist uns sehr wichtig. So sehr wir uns freuen, wenn wir immer wieder Thema werden, wünschen wir uns tatsächlich, dass das Leben als deutsche Êzîden insbesondere in NRW, wo über 100.000 Êzîdinnen und Êzîden leben, von denen viele integriert sind und tolle Karrieren haben, wahrgenommen wird, und zwar durch ihre Gemeinden, ihre Vereine, ihre Aktivitäten, ihre Aktivistinnen und Aktivisten und auch in den Schulen. Wir wünschen uns, dass Informationsmaterial an die Schulen fließt und die Kultusministerien in den Bundesländern, insbesondere hier in NRW, die Landeszentralen für politische Bildung den Auftrag annehmen und in den Schulen Informationen dazu verteilen, woran Êzîden glauben usw. Das wäre ein nachhaltiger Ansatz in Bezug auf das Denken über Êzîdinnen und Êzîden.

Zur Frage des Abgeordneten der CDU nach der Sicherheit. Wir denken und behaupten, dass es unter den jetzigen Umständen keine Sicherheit im Irak gibt. Ich möchte hier aber ausdrücklich erwähnt haben, dass wir seit Bestehen des Zentralrats die Rückkehr der Binnenflüchtlinge in ihre Ursprungsheimat fordern. Wir fordern, dass ihre Heimat wieder aufgebaut wird. Insbesondere meine Person fordert immer wieder, dass der Irak weder êzîdenfrei noch christenfrei sein darf. Ich bin sehr eng mit der Bischofskonferenz verbunden. Wir werden die Letzten sein, die etwas anderes fordern, wenn es in der Ursprungsheimat eine Lebensperspektive und Sicherheitsperspektive gibt.

Herr Draser sagte, Êzîdinnen und Êzîden hätten keine Lobby im Irak, in der Zentralregierung, in der kurdischen Regierung. Auch in europäischen Parlamenten haben wir außer ein paar Freundinnen und Freunden, die emotional mit uns denken, keine Lobby, die anhand eines Masterplans politisch motiviert und gewollt eine Verbesserung herbeiführt. In der Öffentlichkeit habe ich mehrmals kritisiert, dass Êzîden kein Projekt sind und kein Projekt sein dürfen. Zum Beispiel haben wir von Anfang an eine Êzîdenkonferenz, eine Wiederaufbaukonferenz auf europäischer Ebene gefordert, damit es êzîdisches Leben im Irak gibt. Eins ist klar geworden: Mit dem Irak allein wird es kein êzîdisches Leben mehr geben, wenn wir als Europäerinnen und Europäer nicht intervenieren und unseren Einfluss geltend machen.

**Mark Draser (KATHOLISCHES BÜRO NRW):** Ich antworte auf die Frage von Herrn Nückel. Durch den IS ist der Genozid durchgeführt worden. Mir ist wichtig, zu betonen, was Herr Dr. Ortac schon gesagt hat. Die êzîdische Gemeinde im Irak erfährt systematische gesellschaftliche Diskriminierung, und zwar nicht nur von fundamentalistischen Muslimen, sondern insgesamt.

In dem Artikel in der FAZ wurde ein anderer Fall beschrieben, als der, den wir gestern bekommen haben, glaube ich. In beiden Fällen geht es um Personen in Bayern; Frau Wieder wird dazu noch etwas sagen.

Der Familienschutz in Deutschland bei Rückführungen und Abschiebungen ist nicht ausgeprägt. Familien werden auseinandergerissen. Im akuten Fall trifft das natürlich auch Êzîden. Es sind aber auch andere Familien betroffen. Es wäre ein wichtiger Schritt, auch unabhängig von dem Antrag den Zusammenhalt der Familien nicht durch Rückführungen aufzubrechen. Es wird beobachtet, dass Familien durch Rückführungen auseinandergerissen werden.

**Karin Wieder (Evangelisches Büro NRW):** Es geht um zwei Fälle in Bayern. Bei dem einen, der angesprochen wurde, ist die Person trotz Ausbildungsduldung, die eigentlich vergeben werden sollte, direkt abgeschoben worden. Das ist eine klassische Tischabschiebung, wie wir das umgangssprachlich nennen. Es wurde also direkt abgeschoben. Klassisch an dem Fall ist auch, dass die Person dann vor Ort keine Arbeit gefunden hat und jetzt im Flüchtlingslager lebt. Bei dem Fall, der uns gestern erreicht hat, geht es um eine Familie mit zwei erwachsenen eingebürgerten Kindern, die in Herford leben, und den Eltern sowie einem noch nicht volljährigen Kind, die in Bayern leben. Die Eltern haben einen Antrag gestellt, nach Nordrhein-Westfalen verlegt zu werden. Sie haben hier beide Aussicht auf Arbeit. Im Moment gibt es von bayerischer Seite überhaupt keine Bestrebung, diese Familie in Absprache mit der Landesregierung hier nach Nordrhein-Westfalen zu verlegen. Sie ist akut von Abschiebung bedroht. Gestern erreichte uns ein verzweifelter Brief einer Mitstreiterin, die diese Familie betreut.

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Dieser Brief hat alle erreicht, wenn ich das richtig mitbekommen habe. Die Landesregierung sitzt hier im Raum und kann sich gegebenenfalls im Anschluss im Gespräch mit einzelnen Abgeordneten noch zu dem Fall verhalten.

**Prof. Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan (MEDICLIN Klinik am Vogelsang [per Video zugeschaltet]):** Ich schließe mich in Bezug auf den Fall der Eltern in Bayern an. Die Unterlagen haben auch das Staatsministerium in Baden-Württemberg und damit auch mich erreicht. Es ist ein sehr ernsthafter Fall. Die Eltern in Bayern werden abgeschoben, wenn sie nicht im Rahmen einer Umverteilung zu den eingebürgerten Kindern geschickt werden können. Es gibt eine Reihe von Fällen. Auch in Baden-Württemberg gibt es Abschiebungen von Êzîden.

Nun zur Frage der Grünen. Ich arbeite seit elf Jahren im Irak, vor allem im Nordirak, mit Êzîdinnen und Êzîden. Wir haben dort ein Institut aufgebaut und bieten in den

Camps Psychotherapie und Traumaverarbeitung an, inzwischen auch in Sinun. In Shingal haben wir eine Ambulanz gegründet. Ich bin zwischen sechs und acht Mal im Jahr dort, unterrichte selbst und betreue die Teams, die dort arbeiten.

Die Situation hat sich leider nicht verändert. Sie müssen wissen, dass ein Genozid erst einmal die physische Vernichtung bedeutet. Genozid bedeutet aber auch die Weiterführung eines Genozids mit anderen Mitteln. Etwa 50 % bis 60 % der Menschen leiden an psychischen Erkrankungen. Das gilt nicht nur für die Überlebenden, die befreit worden sind. Auch in den Camps ist die Suizidrate erheblich gestiegen. Die Menschen haben seit elf Jahren keine Perspektive. Etwa 40 % bis 45 % der Menschen leiden an Depressionen und Angststörungen. Zwischen 10 % und 12 % der Menschen begehen Suizid. Deswegen mussten wir sogar ein Suizidpräventionsteam aufbauen. Wir haben eine Hotline eingerichtet, über die uns die Leute in den Camps rund um die Uhr erreichen können, damit wir dorthin kommen und intervenieren können. Mit Blick auf die Gesundheitssituation der Menschen ist die Situation erheblich schlechter geworden. Die UNHCR bietet begrenzt Hilfe an. Die kurdische Seite versucht, zu erreichen, dass die Menschen aus den Camps herausgehen, weil sie sagen, dass sie keine Mittel haben. Wie Sie wissen, hat sich USAID komplett zurückgezogen. An einem Tag hatten wir 500 Leute auf der Liste, die vor den Camps in der Reihe standen und Hilfe brauchten, weil sich USAID zurückgezogen hatte. Diese Situation ist von dem einen auf den anderen Tag entstanden.

Die psychosoziale Situation der Êzîdinnen und Êzîden hat sich insgesamt also deutlich verschlechtert. Die Situation in Shingal oder Sindschar hat sich nicht verbessert. Auch dort gibt es erhebliche Drohungen durch verschiedene Organisationen.

Ich war mit verschiedenen Delegationen sowohl in Bagdad als auch in Erbil. Dass den Êzîden geholfen wird, dass ein Wiederaufbau stattfindet, steht nicht auf der Tagesordnung. Auf der Tagesordnung der Politik im Irak stehen die Wahlen und der Machterhalt der drei Gruppen Kurden, Sunniten und Schiiten. Man muss offen sagen, dass die Minderheiten und ihre Zukunft leider nicht von großem Interesse sind. Daher versuchen auch so viele Menschen, das Land zu verlassen.

Es gibt eine höhere Suizidrate bei jungen Menschen zwischen 15 Jahren und 23 Jahren, die keine Perspektive für sich sehen. Sie müssen sich vorstellen, dass die Kinder, die in den Camps dort geboren wurden, ihre Dialektsprache in Shingal verloren haben. Viele der Kinder, die dort geboren und aufgewachsen sind, sagen mir, sie wüssten nicht, was ein Haus oder eine Wohnung sei, weil sie in den elf Jahren nie ein Haus gesehen haben, wenn sie dort geboren und aufgewachsen sind. Teils können sie nicht zur Schule gehen.

Auch die hygienische Situation ist katastrophal. Im Augenblick liegt viel Schnee in Dohuk. Dort werden 15 Camps von Êzîden bewohnt. Die Anzahl der Menschen in diesen 15 Camps variiert zwischen 250.000 und 300.000 je nach Situation. Die Infrastruktur in Sinun, in Shingal ist nicht aufgebaut.

In Bagdad sind jetzt drei êzîdische Abgeordnete gewählt worden. Aufgrund ihrer kleinen Zahl haben sie aber fast keine Möglichkeit, politisch Lobbyarbeit zu betreiben. Sie geben ihr Bestes.

Insgesamt hat sich die Situation nicht gebessert. Die psychosoziale Situation ist verheerend.

Wie vorhin erwähnt wurde, betrifft die Diskriminierung nicht nur die Êzîden. Mit der al-Quaida hat sich der radikale Islam stark verbreitet. Ich arbeite seit über 25 Jahren im Irak. Vor 20 Jahren hat man selten Frauen mit Kopftuch gesehen – übrigens auch in Syrien. Heute sind die Leute in Halabdscha oder Dohuk deutlich konservativer geworden. Das Narrativ ist deutlich islamischer geworden. Die Diskriminierung gegen Êzîden hat gesellschaftlich eher zugenommen. Sie werden als Last gesehen. Auch das bedeutet eine erhebliche Bedrohung und eine Gefahr für das Leben. Wir sprechen von einem genozidalen Umfeld, in das die Êzîden zurückgeschickt werden sollen. Es findet eine Retraumatisierung statt. Sie erhalten keine soziale und psychosoziale Unterstützung. Das bedeutet, dass die gesundheitliche Situation der Menschen, wenn sie zurückgeschreckt werden, erheblich gefährdet ist. Die Suizidwahrscheinlichkeit und die Gesundheitsgefährdung sind extrem groß.

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Vielen Dank für diese aus meiner Sicht sehr eindrückliche Schilderung, wenn ich das so sagen darf. – Wir starten die dritte Frageunde.

**Peter Blumenrath (CDU):** Ich habe eine Frage an Frau Wieder und Herrn Draser, vielleicht aber auch an den Zentralrat. Die Rechtssicherheit und die Frage, wie es weitergeht, ist auch für den einzelnen Menschen, der hier in Deutschland lebt, wichtig. Am Ende entscheidet das auch über den Integrationserfolg. Herr Dr. Ortac, Sie haben ein paar positive Geschichten zum Thema „Integrationserfolg“ erzählt. Mir geht es um die gesamte Perspektive auf Arbeit, Ausbildung und gesellschaftliches Engagement. Unserer Wahrnehmung nach leben gerade die Êzîdinnen und Êzîden sehr gut in der großen Gesellschaft, und sie sind sehr gut integriert. Dazu bitte ich Sie um Ihre Einschätzung.

**Volkan Baran (SPD):** Herr Professor Kizilhan, herzlich willkommen und schön, dass Sie da sind. Es freut uns sehr, jemanden zu bekommen, der über eine 25-jährige Expertise in diesem Bereich sowohl in Syrien als auch im Irak verfügt und hier in Deutschland, in Baden-Württemberg, maßgeblich am Landesaufnahmeprogramm mitgewirkt hat. Deswegen interessieren uns Ihre Ausführungen besonders.

Können Sie uns vielleicht erläutern, wie die Traumatherapie vor Ort, aber auch in Deutschland bei den Menschen, die fliehen konnten, diesen Völkermord also über sich haben ergehen lassen müssen, aussieht? Wie sieht dabei die Rolle der Familie aus? Es geht mir um das Wissen um die Familie, dass sie in Sicherheit ist, oder das Wissen, dass Abschiebung droht, dass die Familie nicht in Sicherheit ist.

Wir haben heute oft genug gehört, dass es sowohl im Irak als auch in Syrien keinen sicheren Ort für êzîdisches Leben gibt. Gibt es vor Ort trotzdem Projekte, die Sie unterstützen und die langfristig aufblühen können, die man dann auch unterstützen kann?

Meine letzte Frage richte ich an Herrn Dr. Ortac. Wir haben in Nordrhein-Westfalen mehr als gar nichts geschafft, wie ich einmal sage, da wir einen Abschiebestopp für

Êzîdinnen und Kinder haben. Mich interessiert, wie das in der êzîdischen Community angekommen ist. Leider haben wir es nicht geschafft, dass alle von der Abschiebung verschont werden. Die Männer werden anders erfasst. Welche Diskussionen gab es da innerhalb der Community?

**Benjamin Rauer (GRÜNE):** Meine erste Frage richte ich an Frau Naujoks vom Flüchtlingsrat. Wir haben jetzt an mehreren Stellen gehört, wie sich die Situation für Êzîden, die im Nordirak sind, und auch für die, die zurückgehen müssen, darstellt. Nun stellt sich natürlich die Frage, warum unser staatliches Sicherheitssystem für diese Menschen nicht greift. Warum greift also das Asylsystem nicht für ein Aufenthaltsrecht für Êzîdinnen und Êzîden, die bei uns Schutz gesucht haben? Diese Frage kann neben Frau Naujoks natürlich auch jeder andere beantworten.

Wo kann die Härtefallkommission, die wir in NRW haben, bei solchen Fällen helfen und eingreifen, und wo hat sie dies schon getan?

Außerdem habe ich noch eine Frage an Frau Wieder und Herrn Draser, aber auch diese kann von allen beantwortet werden. Uns geht es auch darum, dass wichtig ist, dass die Menschen, die über ein solches Schutzprogramm bei uns ein Aufenthaltsrecht erhalten, arbeiten dürfen. Es ist schließlich nicht mehr klar, dass Menschen mit einem solchen Schutzstatus arbeiten dürfen. Uns ist wichtig, dass sie das dürfen. Wie bewerten Sie das?

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Herr Rauer, ich muss einmal nachfragen. Richtete sich die zweite Frage, die zur Härtefallkommission, an Frau Naujoks oder an alle?

**Benjamin Rauer (GRÜNE):** Ich denke, dass auf meine erste wie auch auf meine zweite Frage nicht nur Frau Naujoks antworten kann. Ich würde sie gerne für alle öffnen.

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Gut. Ich erinnere noch einmal an die Regel, dass ein bis zwei Sachverständige angesprochen werden können. Wir liegen aber gut in der Zeit. Deswegen können wir das heute ein wenig entspannter angehen. Wenn aber alle Fragen an alle richten, reicht die Zeit gegebenenfalls nicht.

**Thomas Nüchel (FDP):** Die Frage von Herrn Blumenrath wäre auch meine Frage gewesen. Ich wiederhole sie nicht, ergänze sie aber um einen Aspekt. Fühlen Sie sich von der Mehrheitsgesellschaft, wie man sie so nennt, und dem medialen Mainstream in Deutschland ausreichend wertgeschätzt?

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Ich interpretiere es so, dass sich diese Frage vor allen Dingen an den Zentralrat der Êzîden richtete.

Nun folgt die dritte Antwortrunde, die letzte. Daher kann ich die Antwortenden ermutigen, gegebenenfalls einen Satz zu dem Aspekt zu sagen, der ihnen wichtig ist, zu dem sie aber nicht gefragt worden sind.

**Birgit Naujoks (Flüchtlingsrat NRW [per Video zugeschaltet]):** In der Tat stellt sich die Frage, warum die Anerkennungsquote in Bezug auf Êzîdinnen so gesunken ist, obwohl die Sicherheitslage nach wie vor äußerst prekär ist. Zum einen geht das BAMF immer von einer akuten Verfolgungssituation aus. Nach Meinung vieler existiert der Genozid nicht mehr. Dabei wird das, was Herr Professor Kizilhan erläutert hat, also die Situation insgesamt und die Verfolgung, der Êzîdinnen nach wie vor ausgesetzt sind, allerdings nicht berücksichtigt. Auch wenn es keine direkte Verfolgung gibt, wirken die Verfolgung und die Gesamtsituation nach.

Zum anderen berichtet das BAMF dem Bundesinnenministerium. Es ist also durchaus politisch gesteuert. Insgesamt geht der Trend dahin, dass die Anerkennungsquoten heruntergehen. Das liegt also nicht am einzelnen Sachbearbeiter, sondern daran, dass bei verschiedenen Herkunftsländern insgesamt auf eine niedrigere Anerkennungsquote gedrängt wird. Auch beim Irak ist das so. Die Möglichkeit der Abschiebung gibt es seit 2023, und seitdem sinkt die Anerkennungsquote kontinuierlich.

Deswegen ist es umso wichtiger, Berichte wie jenen von Professor Kizilhan, aber auch von anderen Sachverständigen zu berücksichtigen, um eine Neubewertung der Sicherheitslage vorzunehmen und das dem BAMF an die Hand zu geben.

Die Härtefallkommission in NRW ist im Einzelfall ein gutes und hilfreiches Instrument, aber eben nur im Einzelfall. Benötigt wird eine Gesamtlösung. Deswegen ist dieser Antrag zu begrüßen. Es ist schön, dass er von allen anwesenden Fraktionen getragen wird, um der Gruppe der Êzîden Schutz zu bieten und nicht nur für Familien oder Einzelpersonen, wenn sie bestimmte Integrationsleistungen oder Ähnliches erbracht haben. Der Bundestag hat den Genozid an den Êzîden anerkannt. Es ist wichtig, dass dem Handlungen folgen, möglichst auf Bundesebene. Deswegen ist es gut, wenn NRW den Anfang macht, andere Bundesländer mitnimmt und den Druck auf den Bund erhöht, damit den Êzîden der erforderliche Schutz geboten werden kann.

**Dr. Irfan Ortac (Zentralrat der Êzîden in Deutschland):** Ich verbinde die Antworten auf die Fragen der Abgeordneten der CDU und der FDP miteinander. Wie sieht die Integrationsbereitschaft der Êzîdinnen und Êzîden in NRW, in Deutschland insgesamt aus? Ich sage es nicht subjektiv, sondern objektiv betrachtet. Sie ist enorm und extrem hoch. Ohne empirische Daten zu haben, sondern einfach nur beobachtet ist die Bereitschaft der êzîdischen Jugend, an die Universitäten zu gehen und eine Ausbildung zu absolvieren, im Vergleich sehr hoch. Mittlerweile sind an jeder Universität Hunderte êzîdische Studierende anzutreffen. Ein solcher Studierender sitzt neben mir, Herr Demirli. Er ist in Deutschland geboren, mittlerweile Unternehmer, hat hier studiert und engagiert sich politisch in demokratischen Organisationen. Sehr viele junge Menschen êzîdischer Herkunft, êzîdischer Religion sind in unterschiedlichen demokratischen Parteien, sind Unternehmer, in der Verwaltung und Beamte dieses Staates. Das verbindet natürlich. Warum ist das so? Sie fühlen sich in Deutschland wohl.

Zur Frage, ob wir wertgeschätzt werden. In vielerlei Hinsicht fühlen wir uns von der Mehrheitsgesellschaft, von unserem Staat, sehr wertgeschätzt, auch wenn wir viel Kritik haben. Wir fühlen uns auch sehr sicher. Wir wissen, dass wir, wenn wir Leistung bringen, genau wie alle anderen das erreichen können, was wir uns vornehmen. Das

ist auch das, was unsere Gemeinden, unsere Vereine an die Basis weitergeben. Das verbindet.

Wie kommt die Entscheidung zum Abschiebestopp in NRW an? Lieber Herr Baran, sie kam sehr gut an. Man schöpfte Hoffnung, dass der eine oder andere wieder eine Perspektive in diesem Land hat. Wenn über den vorliegenden Antrag positiv entschieden wird, dient das möglicherweise anderen Bundesländern als Vorbild, und eventuell wird in der gesamten Bundesrepublik Deutschland wieder ein anderer Blick auf das Thema „Êzîdinnen und Êzîden im Irak“ geworden.

Die Härtefallkommission ist ein Instrument der Demokratie. Es ist wichtig, dass der einzelne die Chance erhält, seinen Fall vor dieser Kommission darzustellen, damit humanitär über den jeweiligen Fall entschieden wird. Das sollte so bleiben, bis eine Gesamtlösung gefunden ist. Es muss ernst genommen werden.

Ich will mit einer Bitte abschließen und kann mich da nur wiederholen. Ist wichtig, in Gesamtdeutschland, aber insbesondere in NRW das Thema „Êzîdinnen und Êzîden“ ernst zu nehmen. Vor allem ist wichtig, Ihnen die Chance zu geben, sich eine Zukunft aufzubauen, dass sie als deutsche Êzîden wahrgenommen und ernst genommen werden und dass das, was wir in der Politik propagieren, nämlich dass Leistung und Fleiß sich lohnen, dass jeder in diesem Land die Chance hat zu partizipieren, gilt.

**Karin Wieder (Evangelisches Büro NRW):** Es wurde schon sehr deutlich geschildert, wie umfassend die Integration der Menschen êzîdischer Herkunft in Deutschland ist. Muss man dazu nicht weiter ausführen. Wir wissen es und können es beobachten. Es lässt sich also feststellen.

Ich weise darauf hin, dass immer sehr darauf geachtet wird, wie Menschen integriert sind. Es ist auch wichtig, auf die Vulnerabilität der Menschen zu achten und diese nicht aus dem Blick zu verlieren. Wie deutlich beschrieben wurde, gibt es Menschen, die aufgrund von Traumaerlebnissen sehr betroffen sind und entsprechend behandelt werden müssen. Es geht auch um alte Menschen und Kinder. Darauf muss geachtet werden. Es ist wichtig, bei Schutzprogrammen für Êzîden und Êzîdinnen die Vulnerabilität im Blick zu behalten.

Wir wissen auch, wie sehr Integration durch die Situation von Menschen behindert wird, wenn sie von Abschiebung bedroht sind und ihnen Familientrennung droht; das wurde in Einzelfällen eben schon beschrieben. Das gilt für alle geflüchteten Menschen bei uns. Wir wissen, dass dies den Menschen besonders zusetzt und sie an ihrer Integration hindert, wenn sie solchen Bedrohungen ausgesetzt sind.

Wir kennen die Gesetzeslage bezüglich Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten. Es wäre wichtig, Möglichkeiten zu schaffen, damit sich Menschen stärker integrieren können und mehr Möglichkeiten erhalten, zu arbeiten oder eine Ausbildung zu machen, und dass dies auch geschätzt wird und ein Grund ist, warum man Menschen nicht abschiebt. Wir sollten nicht erleben müssen, dass Menschen abgeschoben werden, die kommen, um eine Ausbildungsduldung oder Arbeitsduldung abzuholen. Es muss geschätzt und respektiert werden. Für unsere Gesellschaft ist wichtig, dies zu ermöglichen.

Frau Naujoks hat sehr gut ausgeführt, warum unser Staat das nicht weiter verfolgt. Ich denke, es ist Aufgabe der Landesregierung, nach der Anhörung unseren Staat noch einmal daran zu erinnern, dass zugesichert wurde, dass alles dafür getan werde, dass Menschen mit solchen Erfahrungen hierbleiben könnten. Es drängt sich der Eindruck auf, dass dies in Vergessenheit geraten ist.

In Bezug auf die Härtefallkommission finde ich wichtig, dass es die Möglichkeit solcher Einzelfallbetrachtungen gibt. Es ist eine Grundlage nötig, damit Menschen hierbleiben können. Diese Möglichkeit, dass über die Härtefallkommission Situationen genauer betrachtet und neu bewertet werden, ist richtig.

Herr Professor Kizilhan, ich fand wichtig, dass ausgeführt wurde, wie es Menschen geht, die in den Irak zurückkehren. Sie erleben eine Retraumatisierung und können in ihrem Land nicht anknüpfen. Man sollte immer auch darauf schauen, was es mit den Menschen macht, die abgeschoben wurden und erlebt haben, dass ihr Gesuch hier keine Wirkung hatte und sie wieder Gefahren ausgesetzt sind, wenn sie in ihr Herkunftsland zurückkehren müssen.

**Mark Draser (KATHOLISCHES BÜRO NRW):** Die Integrationsleistung der êzîdischen Gemeinschaft ist sehr ausgeprägt. Das gilt vor allen Dingen auch, weil der Background der Êzîdinnen und Êzîden sehr unterschiedlich ist, etwa im Hinblick auf den Bildungsstand. Man muss sagen, dass die Community sehr gut organisiert und integriert ist und vieles umsetzt.

Das passt sehr gut zu der Frage von Herrn Rauer, wie wichtig das Arbeiten ist. Meine Kollegin Frau Wieder sagte, es sei für die Anerkennung zentral. Es ist aber auch für die Erlangung der eigenen Souveränität, der eigenen Bedeutung zentral. Man ist nicht mehr von anderen abhängig, sondern – ganz amerikanischer Traum – wieder seines eigenen Glückes Schmied. In den letzten Jahren ist in der êzîdischen Community sehr viel diesbezüglich passiert, und zwar über alle Generationen hinweg, also sowohl bei den älteren, den jüngeren als auch bei jenen im mittleren Alter.

Nicht nur weil ich Mitglied der Härtefallkommission bin, halte ich ihre Arbeit für zentral. Allerdings handelt es sich um Einzelfallprüfungen. Hier sprechen wir über einen Gruppenschutz. Auch wenn wir Stillschweigen vereinbart haben, kann ich aus der Arbeit in der Härtefallkommission berichten, dass die Anzahl der Anfragen in Bezug auf Êzîdinnen und Êzîden in letzter Zeit gestiegen ist, auch die Gesamtzahl der Anfragen ist gestiegen. Deswegen ist es sehr wichtig, die Rahmenbedingungen, unter denen nicht nur die Mitglieder arbeiten, sondern vor allem die Geschäftsstelle arbeitet, gut sind. Sie muss auskömmlich finanziert sein, damit Einzelfälle weiterhin kritisch geprüft werden können. Das hat natürlich nichts mit dem Gruppenschutz von Êzîdinnen und Êzîden, über den wir gerade sprechen, zu tun.

Ohne mich zu wiederholen, um aber doch das aufzugreifen, was meine Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben: Gerade bei Êzîdinnen und Êzîden ist das Thema „Retraumatisierung“ wichtig. Es hat nämlich vor gerade einmal etwas mehr als zehn Jahren ein Genozid stattgefunden. Die Folgen hat Herr Professor Kizilhan aufgeführt. Die Traumatisierungen sind noch vorhanden und können im Irak nicht bzw. zumindest

nicht ausreichend bearbeitet werden. Man muss sehr kritisch darauf schauen, was die Angst vor einer Rückführung und die Unsicherheit, wie es mit einem weitergeht, mit den Menschen hier macht. Zentral ist die Schaffung von Rechtssicherheit. Durch den Antrag, der von allen demokratischen Fraktionen im Landtag getragen wird, wird ein wichtiges politisches Zeichen gesetzt, vor allen Dingen gegenüber der Bundesregierung, aber auch bei den êzîdischen Mitbürgern.

**Prof. Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan (MEDICLIN Klinik am Vogelsang [per Video zugeschaltet]):** Ich nenne eine eindrückliche Zahl. Wir haben zusammen mit Kollegen aus Israel und Kanada eine Studie zur Epigenetik bei Êzîden gemacht, bei Frauen, die weniger als ein Jahr lang in IS-Gefangenschaft waren; viele waren mehrere Jahre in IS-Gefangenschaft. Auf der Basis der Epigenetik zeigt sich, dass sich sogenannte Telomere so verkürzt haben, dass die Lebenserwartung um vier Jahre gesunken ist. Die Frauen, die in IS-Gefangenschaft waren, haben also nachweislich eine um vier Jahre geringere Lebenserwartung als Menschen, die dieses Trauma nicht erlebt haben. So etwas hat also nicht nur einen psychischen Effekt, sondern auch auf DNA-Basis verheerende Folgen für die Menschen.

Dazu müssen Sie auch wissen, dass die Êzîden an drei Formen von Trauma leiden. Das eine sind transgenerationale Traumata. In ihrem Narrativ haben sie in den letzten 800 Jahren etwa 74 Genozide erlebt. Das heißt, dass das Trauma kumulativ ist. Sie haben also nicht nur ihr eigenes Trauma erlebt, sondern durch Epigenetik, durch Geschichten, Musik und Religion werden Traumata an die jetzige Generation weitergegeben. Dies ist auch bei anderen Minderheiten auf der ganzen Welt, etwa in Nordamerika, zu beobachten, dass durch so etwas das Immunsystem so sehr geschwächt ist, dass die Menschen langfristig anfällig für bestimmte Erkrankungen sind, wenn sie unter Stress stehen.

2015 waren wir im Nahen und Mittleren Osten die Ersten, die an der Universität in Dohuk in Psychotherapie nach dem deutschem Psychotherapeutengesetz in einem Masterstudiengang ausgebildet haben. Dabei werden immer êzîdische Studenten nach einer Quote eingebunden. Es studieren dort aber auch Christen und Muslime. Mittlerweile haben wir 500 Studierende zu Psychotherapeuten ausgebildet. Sie sind im Mittleren Osten einmalig. Weder in der Türkei noch im Iran gibt es diese Form der Ausbildung.

Sie arbeiten in den Camps und müssen 1.800 Stunden in einem Flüchtlingscamp und in Shingal arbeiten. Mittlerweile haben wir in Shingal eine Ambulanz mit acht Psychotherapeuten gegründet, die sowohl vom Außenministerium als auch von Baden-Württemberg finanziert wird. Es ist mehr Ausbildung und Fortbildung nötig.

Trauma bedeutet, dass die Neuronen 24 Stunden pro Tag feuern. Es kommt zu Schlafstörungen durch Ängste. Sogenannte Flashbacks kehren immer wieder. Im Irak sind wir die erste Institution, die Psychotherapie anbietet. Das ist etwas Neues. Wir müssen dort langfristiger arbeiten, vor allem im Gebiet Shingal. Es ist eine Aufgabe, sie zu begleiten und dort Institutionen aufzubauen. Dafür ist viel Hilfe nötig. Ich muss allerdings sagen, dass die Psychotherapie in Deutschland genauso schlecht aufgestellt ist für alle anderen Migranten, die aus Kriegsgebieten kommen und Traumatherapie

benötigen. Wir sind die einzige Klinik – ich betreue 40 Betten –, in die immer wieder auch Êzîden kommen, weil sie nicht in der Lage sind, mit ihren Traumaerlebnissen umzugehen, und sowohl ambulante als auch stationäre Behandlung benötigen. Es gibt kaum êzîdische oder kurdische Psychotherapeuten, die in ihrer Muttersprache Psychotherapie anbieten. Ich will nicht zu tief einsteigen, aber die Behandlung von Traumata ist auch kulturabhängig.

Man kann sie höchstens stabilisieren. Eine bedeutende Rolle spielt die Familie auch im Irak. In Syrien haben wir begonnen, zu schauen, wie die Community dazu beitragen kann, zumindest Stabilität zu erreichen, weil es nicht genug Psychotherapeuten gibt.

Meine Vorredner haben immer wieder das Wort „Retraumatisierung“ verwendet. Es bedeutet, dass man keine Traumatherapie machen kann, wenn man keine Sicherheit, keine Stabilität und keine Orientierung hat. Wenn eine Abschiebung bevorsteht, ist eine Psychotherapie außerhalb von Krisenintervention also nicht möglich.

„Posttraumatische Belastungsstörung“ bedeutet, dass sich in einem Ruhezustand das Gehirn daran zu erinnern beginnt, was man alles erlebt hat. „Post“ bedeutet „danach“. Erst in dieser Ruhephase ist man in der Lage, zu verarbeiten und zu lernen, in Zukunft mit diesem Ereignis umzugehen. Bei Êzîden sowohl im Irak als auch in Deutschland ist das, wenn sie von Abschiebung bedroht sind, nicht möglich. Auch die psychosozialen Traumazentren, die Traumazentren in Nordrhein-Westfalen, aber auch in anderen Gebieten sind also nur in der Lage, die Menschen zu stabilisieren, weil sie sich jeden Tag mit der Frage beschäftigen müssen, ob sie hierbleiben oder abgeschoben werden. Das führt wiederum dazu, dass sie unter ständigem Stress stehen, das Gehirn sich wieder daran erinnert, was sie alles erlebt und verloren haben. In einer solchen extremen Stresssituation leiden sie unter Einschlafstörungen, Unruhe, Unsicherheit und zum Teil sehr düsteren Gedanken im Sinn von Depressionen. Dadurch verschlechtert sich die Gesundheitssituation. Wenn man sie dann auch noch damit unter Druck setzt, dass sie Sprachkurse besuchen sollen, hilft dies nicht. Gerade bei schweren Traumatisierungen sind die Konzentration und das Gedächtnis so sehr beeinflusst, dass man sich auf solche Dinge nicht fokussieren kann.

Es ist wichtig, dass ihnen die Familien, aber auch die Organisationen und Vereine der Êzîden Schutz bieten und in Bezug darauf, wie man damit umgehen kann, fortgebildet werden, weil es nicht ausreichend Psychotherapeuten gibt. Die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland ist insgesamt nicht gut. Das hat nichts mit den Migranten zu tun. Dies geht aus den neuen Reporten hervor.

Wir brauchen mehr Projekte. Ich wäre dankbar, wenn das Land Nordrhein-Westfalen sich den anderen Bundesländern anschliesse und uns bei der Fortbildung und Ausbildung von Psychotherapeuten unterstützen würde. Auch das ist eine Form der Fluchtursachenbekämpfung, wenn vor Ort mithilfe von Fachkräften, die die Sprache und Kultur kennen, die Menschen behandelt und stabilisiert werden. Dann haben die Menschen vielleicht eine Perspektive im Irak.

**Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser:** Herzlichen Dank für die Antworten und für Ihre Expertise. Nach drei Fragerunden sind wir, wie zu Beginn angekündigt, am Ende der Sitzung.

In unserer nächsten Ausschusssitzung am 21. Januar 2026 werden wir uns erneut mit dem Antrag beschäftigen und die heutige Anhörung auswerten.

gez. Dr. Gregor Kaiser  
Vorsitzender

**Anlage**

14.01.2026/14.01.2026

**Anhörung von Sachverständigen**  
des Integrationsausschusses

**Schutz von Ezidinnen und Eziden aus humanitären Gründen in Nordrhein-Westfalen: Aufnahmeanordnung nach § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz**  
Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP, Drucksache 18/15906 (Neudruck)

am Donnerstag, dem 8. Januar 2026  
10.00 bis (max.) 12.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

## T a b l e a u

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen e.V. Bochum	<b>Birgit Naujoks</b> <i>(per Videozuschaltung)</i>	<b>18/3258</b>
Zentralrat der Eziden in Deutschland e.V. Lollar	<b>Dr. Irfan Ortac</b> <b>Ozan Demirli</b>	<b>18/3259</b>
Evangelisches Büro Nordrhein-Westfalen Karin Wieder Referentin für Flucht und Migration des Diakonischen Werks Rheinland-Westfalen-Lippe Düsseldorf	<b>Karin Wieder</b>	<b>18/3257</b>
Katholisches Büro Nordrhein-Westfalen Mark Draser Sozialpolitischer Referent Düsseldorf	<b>Mark Draser</b>	
MEDICLIN Klinik am Vogelsang Professor Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan Leitung, Psychologischer Therapeut und Traumatherapeut Donaueschingen	<b>Professor Dr. Dr. Jan</b> <b>Kizilhan</b> <i>(per Videozuschaltung)</i>	---